

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 J., 1/2 Jährl. 1.50 J. pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.60 J.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezahbar, frei monatlich 10 J., 1/2 Jährlich 30 J.

Wolff

Inserionsgebühr beträgt für die Hauptzeile 15 J. für Fortsetzungen 10 J. Im reaktionellen Teile kostet die Zeile 50 J. Ankerate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 1/2 Uhr in der Expedition aufgegeben sein (Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501.)

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1042. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleaale.

Nr. 85. Halle a. S., Mittwoch, den 13. April 1898 9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

13. April. In Baden sieht Hecker mit dem in Konstanz gesammelten ersten Schützenhaufen von im ganzen 70 Mann unter ihrem Hecker selbst die ersten Schritte. Bei der zurückhaltenden Stellung der Bevölkerung mußte das Unternehmen scheitern. Das kleine Heckerhaufen aber war für die deutsche Republik begeistert und zog Hecker selbst in die Städte. Hier begann man mit der Organisation der Republik. Die Regierung des Großherzogtums wurde aufgelöst erklärt und der demokratische Abgeordnete Peter, bisher Regierungsdirektor, ward zum Statthalter der neuen republikanischen Regierung ernannt. Die Dänen waren schon am 9. in Flensburg eingedrungen und gingen in den nächsten Tagen über Schleswig bis in die Nähe von Nordschleswig. Der König zog am 13. in Schleswig ein, verließ es jedoch infolge der deutschen Gefühnung der Bevölkerung bald wieder. Da auch Gernerde besetzt worden war, so war es mit den Dänen gelungen, im Laufe weniger Tage ganz Schleswig einzunehmen. Die Bürgerwehr wurde in den Städten organisiert und Aufständische abgehandelt. Seit dem 10. fand der preussische Oberst Bonin in der Stadt Schleswig. Er machte den Dänen Mitteilung, daß Preußen ihnen weiteren Angriff auf Schleswig-Holstein als Kriegserklärung gegen sich aufzuerheben werde. Er erhielt darauf einen Brief des Königs von Dänemark, in dem dieser anordnete, die Bürgerwehr in den Städten zurückzuführen und die provisorische Regierung zu veranlassen, worauf Bonin wieder antwortete, daß die preussischen Truppen nicht an die Eider gerückt seien, um die provisorische Regierung zu stützen, sondern um die verfassungsmäßigen Rechte der beiden Herzogtümer aufrecht zu erhalten. Die preussische Politik war jedoch offenbar sehr widerspruchsvoll. Denn den in außerordentlicher Mission nach Kopenhagen gesandte Herr von Wittenberg schrieb am 8. April an die dänische Regierung, daß Preußen gefonnen sei, um die republikanischen Elemente aus der Schleswig-Holsteinischen Bewegung fernzuhalten und die Gründung einer norddeutschen Republik zu verhindern.

Der spanisch-amerikanische Konflikt.

Die Lage ist seit Sonnabend ziemlich unverändert. Die Blätter erachten sich in den widersprechenden Nachrichten. Die einen halten den Krieg für unvermeidlich, während die anderen hoffen, daß der Frieden erhalten bleiben werde. Ein bedeutendes spanisches Blatt sagt, daß die Intervention der Mächte in Washington für Spanien einen günstigen Erfolg gehabt habe. Das Blatt meint weiter, Spanien könne den freundschaftlichen Rat der Mächte zur Lösung der Frage annehmen, es könne aber nicht vor den ungewissen Forderungen der Vereinigten Staaten zurückweichen. Spanisch hat Spanien den Insurgenten für fünf Tage Waffenstillstand gewährt. In Washington ist die kriegerische Stimmung anhaltend. Bezüglich der Note der Vereinigten Mächte wird bekannt, daß Deutschland, Frankreich und Italien sich kein Gewicht an den Mächte nur aus Gefälligkeit angehängen haben. Das geht auch bezüglich Deutschlands aus einer Note der amtlichen Pariser Zeitung hervor, die wörtlich lautet, daß die deutsche Regierung noch für kürzere Zeit sich entschlossen war, sich in keiner Weise einzumischen, es liegt kein Grund vor, aus welchem die deutsche Regierung von dieser Politik der absoluten Neutralität hätte abweichen sollen. Sehr richtig!

Als weiterer Schritt zur Kriegserklärung seitens der Vereinigten Staaten betrachtet man die Vorbereitung einer bill. betr. eine zeitweilige Anleihe von 100 Millionen Dollars und eine zweijährige Anleihe von 300 500 Millionen Dollars zu 3% Zinsen.

Der Generalkongress hat am Sonnabend Havana verlassen, da ihm die amerikanische Regierung hierzu Anweisung erteilt ließ. Nach dem Kriegszug am Freitag begann das Kriegsdepot die Winteraufsätze für die Mächte auszugeben. Einige 70 republikanische Kongressmitglieder hielten eine Sitzung ab, um über Wege zu beraten, wie der Kongresspolitisch Mac Kinlay und Woods, des Vorsitzes des Repräsentantenhauses, entgegen zu treten sei. Der Generalkongress hat sich dem Komitee des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten bezogen, das in Augenblick der „Maine“-Explosion alle eintreffenden Nachrichten in Havana richtete, ebenfalls weil die ganze Stromkraft zur Unterstützung der „Maine“ gebraucht worden war. Senator Lodge trift nach einer Unterredung mit dem Präsidenten Mac Kinlay mit, er sehe keinen Grund, warum die Politik wiederum aufgehoben werden solle. Er heißt es, läme nach Washington, um über einige sensationelle Entdeckungen von dem Abgeordneten, die die spanische Flotte der Regierung auf der „Maine“ schuld seien. Daraus fihme eine Mitteilung der Daily Mail, wonach ein Vertreter der englischen Flotte, welche die „Maine“ in Havana anlegte, ausgesagt hat, die betreffende Mine sei nur nach Öffnung von vier Schloßern zu sprengen gewesen, von denen vier höhere spanische Offiziere die einzelnen Schlüssel gehabt hätten.

Ueber die Stimmung der russischen Regierung gibt ein Artikel des amtlichen Journals de St. Petersburg Aufschluß, in dem es u. a. heißt: Der Zusammenstoß mit den Waffen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten ist bis jetzt nicht erfolgt. Die Vereinigten Mächte sind darauf gerichtet, denselben vorzubringen, und es ist immer mehr zu einer weiteren Wüste nach dem beiden Parteien bereiten würde, dort man doch fragen, ob für die amerikanischen Interessen in der Unabhängigkeit Kubas so viel Vorteile zu finden wären, daß dieselben den durch einwige Feindseligkeiten herbeigeführten Verlust ausgleichen würden. Man kann auch die Frage vom kommerziellen Gesichtspunkt aus betrachten. Da fragt man sich immer mehr, ob amerikanische Handel mehr Vorteile dabei finden würde, mit der Insel Kubas als unabhängiger Insel als mit derselben Insel bei einem autonomen Regime unter Spaniens Suzeränität Handel zu treiben. Wenn der Kriegszug nach Cuba nicht würde, es die Stilllegung der Insel führen und sie immer mehr zu einer wüsten Wüste machen. Das Blatt schließt: Wie auch die öffentliche Meinung Amerikas sein mag, sie ist doch kräftig genug, um alle in Betracht kommende Punkte abzuwägen. Man muß hoffen, daß der Kampf nicht verheimlichen können.

Ueber die Rärungen Spaniens und der Union wird weitere folgende berichtet: Fünftausend spanische Kriegszugzeuge werden nach der Agencia Fabra unverzüglich gekauft, um nach Cap Verd zu gehen. — Mehrere Gattolone sind zur Verfertigung der Garitionen nach den Valenzen abgegangen. Die Provinzialmilizen auf den kanarischen Inseln sollen auf den Kriegszug gestellt werden. — Die Ministerien des Kriegs und der Marine sind trotz des Festes in lebhafter Thätigkeit. Den Marineoberhäuptern in Valencia und Barcelona gehen jährliche Besuche am Ausstellungs von Kopenhagen zu. Die spanische Beobachtung ist sehr erregt; es haben aber keine Kundgebungen stattgefunden. Die Frauen tragen Blumen und Bänder in den nationalen Farben. Wie die Agenten Havana aus Madrid melden, wird die Königin-Regentin ihren Namen an die Spitze der Sammelliste zur Vermehrung der Flotte einzeichnen. Außer diesen Nachrichten verbreitet das Bolivische Bureau noch eine Depesche des Vizekonsul von Spanien in Chile zum Verkauf eines Schiffes und zur Auslieferung eines Kaper-schiffes, das amerikanische Schiffe an der Westküste aufbringen soll, eine Million Dollars geschätzt haben. Die Kriegserklärungen werden demnach auf beiden Seiten fortgesetzt. Offenlich getrigt es trotzdem, den Krieg zu vermeiden.

Washington 11. April. Die Hofschaff des Präsidenten Mac Kinlay ist dem Kongresse die Bitte eingeleitet worden. Derselbe beauftragt nachdrücklich die Anerkennung der Aufständischen als kriegsführende Mächte als gegenwärtig inopportun, spricht sich aber für eine solche Verwendung der demokratischen Mächte der Vereinigten Staaten aus, als der Präsident für notwendig erachtet werde, um die Feindseligkeiten aufzuheben zu machen und eine friedliche Regierung zu führen. Die Regierung verlangt einen Kredit, um den noch nichtbelebten Bevölkerung Kubas Hilfe zu leisten. Niemand sagt die Hofschaff: Das „Maine“-Unglück bekräftigt die Unparteilichkeit des Präsidenten sehr. Die Verhörung der „Maine“ in Havana beweist, daß Spanien unangenehm ist, den Vereinigten Staaten und anderen Gattolonen die Sicherheit für ihre Schiffe zu garantieren, auf welche sie das Recht haben zu rechnen. Die Hofschaff erkennt indessen an, daß Spanien, soweit dies ohne eine besondere Aktion seitens der Cortes geschehen kann, jeden Zusammenhang mit dem Verfall der „Maine“ in Havana gesteht und sich den Beobachtern über das Vorkommen des Unglücksfalles in einem der spanischen Jurisdiktion unterworfen haben ausgesagt habe. Der Präsident erklärt jedoch, ein Gede für den Krieg auf Cuba sei nötig.

Tagesgeschichte.

Die Reichstagswahlen sollen, wie aus Berlin gemeldet wird, nach Absicht der maßgebenden Kreise auf den 20. Juni argeleht werden. Es erscheint nun doch geboten, daß die offizielle Festlegung des Wahltermins baldigst erfolgt. Eine andere offiziöse Note lautet: Die Wahlen für das preussische Abgeordnetenhaus sollen befristlich am 10. Oktober stattfinden. Doch werden gegen den letzteren Termin Einwendungen laut, weil dadurch die Wahlbenutzung und die Wahlaufregung fast auf das ganze Jahr ausgeht.

Herr Max Hirsch hat mit einigen seiner Getreuen den antiagrarischen Sammlungskauf unterbrochen und nun erklärten freiständige Käufer, 80 000 Gewerbetreibenden-Mitglieder haben sich der antiagrarischen Sammlung angeschlossen. Das ist eine lächerliche Behauptung, stimmt doch die Wehrzahl der Hirsch'schen Arbeiter, die doch bloß aus Gewohnheit und im Interesse ihrer Ausbeuter an den Klassen dieser Vereine treu bleiben, sozialdemokratisch.

Der friegerische Geist. Als der Abgeordnete Hebel vor zwei Jahren im Reichstag die Behauptung aufstellte, es gebe in der Krake genug Elemente, die den Krieg wünschten, da hat man dem von „autoritär“ Seite mit hoher fittlicher Entschiedenheit widerprochen. Jetzt nun hat aus Anlaß der Klage eines Kommandos Graf Waldersee einen Korpsbefehl an das neunte Armeekorps erlassen, in dem es heißt:

Ich danke allen Herren Offizieren, Sanitätsoffizieren, Beamten, Unteroffizieren und Mannschaften für ihre Eingebung an den höchsten Dienst und bebaue, daß es mir nicht vergeblich gewesen, das Armeekorps an den Feind zu führen. Freue ich es von uns, die Wirkung dieser Worte durch irgend eine Bemerkung abzuwickeln.

Chinesische. Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Peking, die chinesische Regierung habe beschloffen, den einige Meilen von Shanghai liegenden Hafen Woosung als Vertretung zu öffnen. Auch sei amti nicht registriert worden, daß England beabsichtige, am Ende des laufenden Jahres eine Tarifrevision auf Grund der Bestimmungen des Vertrages von Tientsin vom Jahre 1858 vorzunehmen. Daß die „Revision“ nicht zu Gunsten Chinas ausfällt, ist von vornherein klar.

Die internationale Jüder-Konferenz ist auf den 7. Juni nach Brüssel einberufen.

Die preussische Staatschuld belief sich nach dem jeben dem Landtag mitgeteilten Bericht der Staatschuldenkommission am 31. März 1896 auf 4158.8 Millionen Mark. Hierzu treten hinzu 35.6 Millionen Mark. Die Staatschuld am 31. März 1897 stellt sich insgesamt auf 4 494 440 992.06 Mark. Zur Verringerung der etatsmäßigen Ausgaben der Staatschuldenverminderung vom 1. April 1895/96 sind 374.8 Millionen Mark nötig gewesen. An

laufenden und rückständigen Zinsen pro 1. April 1896/97 waren 268 Millionen Mark zu zahlen. Davon sind jedoch 242.7 Millionen Mark, sind rückständig geblieben 20 Millionen Mark. Von den auf dem Etat stehenden Schulden sind 32 Millionen Mark und 18 500 M. abgegangen. Die Ausgaben und Einnahmen der Staatschuldenverminderung haben 374 872 951 M. betragen.

Der Nachtragsetat zum Reichshaushalt, der nach den Erfahrungen dem Reichstag zugehen soll, verlangt, wie die Münch. Neuest. Nachr. erfahren, eine Summe von 8 Millionen Mark, wovon 6 Millionen auf Kinos-Tisch anfallen. Da im Reichstag nur etwa 3 Millionen vom Etat abgesetzt sind, so würde sich durch diesen Nachtragsetat gegen den ersten Entwurf die Finanzlage um 5 Millionen verschlechtern. Im Nachtragsetat sollen Summen für die Erhöhung des Gehalts der Postunterbeamten und des Gehalts der Landbriefträger noch nicht enthalten sein. Die betreffenden Erhöhungen sollen erst vom 1. April 1899 ab eintreten. Dann werden auch die vier Staatssekretäre in betreff ihrer Gehaltserhöhung bis zum 1. April 1899 warten müssen.

Ein doppeltes Nachspiel zur Märzfeier gab es am Mittwoch in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Einmal wurde beraten über die Vorbereitungen zur Neuwahl des Oberbürgermeisters. Der zum 1. Oktober zurücktretende Oberbürgermeister Jelle ist bekanntlich als „Märzfeiern“ zu betrachten, als ein Opfer der Reibungen, die wegen der den Märzgefallenen von 1848 zu wählenden Ehrentagen zwischen dem Berliner Stadt-Verordneten und dem Magistrat entstanden, wobei letzterer unter einem scharfen Drucke von oben handelte. Stadtverordneten-Vorsteher Langensand hielt dem stehenden Bürgermeister eine große Lobrede, aus der die Bemerkung besonders erwähnenswert ist, daß den Oberbürgermeister oft recht wenig begründete Kritiken verlegt hätten. Diese Bemerkung scheint sich nicht auf die Kritiken in der Presse und in der Stadtverordneten-Versammlung allein beziehen zu sollen. Herr Jelle hat offenbar von anderer Seite gelebte Kritik empfangen. Er ist im ganzen recht resigniert, wie sich beim zweiten Beratungsgegenstand zeigt, wo man sich mit der eligen Beileitung und der Kränze von den Grübern im Friedhofskain beschäftigte und daran verbiete scharfe Kritik übte. Herr Jelle erklärte bei dieser Gelegenheit: „Ich danke, meine Herren, Sie lassen es damit genug sein. Ich habe mich in die Rolle des Sündenbocks so eingelebt, daß es an ein tägliches Wehr nicht atomal!“ Der scheidende Oberbürgermeister hat damit kaum sagen wollen, daß die Stadtverordneten sich zum Sündenbock auserkoren hätten. Aber es giebt Stellen in Berlin, wo man von ihm gewünscht hat, er solle den Märzwünschen der Stadtverordneten schärfte entgegenreten. Diese Wünsche sollen zwar nachträglich in einer bei stiftlicher Gelegenheit angekündigten Rede Ausdruck gefunden haben. Das konnte Herrn Jelles feinsinnigen Oberbürgermeisterherz nicht ertragen.

Stau vor Schaulenten. Diese Spikarte ist zur stehenden Kritik geworden und es vergeht kein Tag, an dem darüber nichts zu melden. So auch heute wieder: Vor der Strafkammer des Landgerichts Potsdam fand am 6. April unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Albrecht eine Verhandlung gegen den feindlichen Kriminalkommissar Kraus aus Berlin wegen Vergehens gegen die Sitlichkeit hinter verschlossenen Thüren statt.

Der der Anklage zu Grunde liegende Thatbestand ist ungefähr folgender: Im Januar h. J. fuhr der Angeklagte in einem von Nachbarn kommenden Schnellzug mit noch zwei fremden Personen und einer Dame zusammen in einem Coupe zweiter Klasse. Gegen die Dame soll Kraus nun während der Fahrt wiederholt unzüchtige Anstöße gemacht haben, so daß die Dame sich gestungen hat, den im Coupe sitzenden Regierungskommissar Kraus um Schutz zu ersuchen, welcher Her denn auch beim Halten des Zuges in Potsdam die Feststellung des Angeklagten bewerkstelligte und Anzeige erstattete.

Aus der Urteilsbegründung der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung geht hervor, daß Kraus der ihm zur Zeit geleiten Straftat für unfähig zu erachten sei und sich des Vergehens wider § 188 (Vernehmung unzüchtiger Verhandlungen) schuldig gemacht habe. Mit Rücksicht auf seine Stellung und sein Verleben jedoch habe das Gericht, trotzdem der Angeklagte schon einmal von seiner vorgelegten Behörde wegen eines ähnlichen Vergehens disziplinarisch bestraft worden sei, diesmal noch von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen und den Angeklagten nur zu einer Geldstrafe von 400 M. eventuell 40 Tagen Gefängnis und in die Kosten verurteilt.

Das ist ja eine treffliche „Motivierung“. Ein solcher Durchweg geht, weil er schon mehr solche Strafen auf dem Kerbholz hat und schon einmal diszipliniert worden ist. Wenn ein Arbeiter vorbestraft wäre, was geschähe dann? Wenn die Polizeikommissare sich so aufführen, wenn wundert dann das eigenartige Aufreizen der Untergebenen?

Stau vor Schaulenten. Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Hannover fand sich der Schatzmann August Schmitz wegen Korruption in Amt zu

